

II— 1222 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5905/16-1-1976

506/AB

1976 -08- 02

zu 466/1

## ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg. Burger und Genossen, Nr. 466/J-NR/1976 vom 1976 06 10: "Standort des Bahnhofes St. Peter - Freienstein und der Autobushaltestellen im industriellen Nahbereich von Leoben".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Im Jahre 1971 wurde seitens des Bürgermeisters von St. Peter - Freienstein bei den ÖBB um die Verlegung des Bahnhofes mit der Begründung ersucht, daß sich der Ortskern immer mehr nach nordwestlicher Richtung bewege und die Errichtung eines Bahnhofes in dem Bereich der neuen Ortsmitte daher ein großes Anliegen der Bevölkerung sei. Bei den ÖBB wurde zum Zeitpunkt dieses Antrages aus Rationalisierungsgründen die Umwandlung des Bahnhofes St. Peter - Freienstein in eine Haltestelle überlegt.

Die von der Gemeinde geforderte Maßnahme wurde eingehend und vor allem daraufhin geprüft, ob sie aus betriebswirtschaftlicher Sicht der ÖBB vertretbar wäre. Bei einem Vergleich der für die Verlegung erforderlichen Kosten mit dem für die bereits erwähnte Umwandlung veranschlagten Betrag zeigte sich, daß das erstgenannte Projekt um ca. S 1,2 - 1,5 Mio nach derzeitiger Preisbasis teurer gewesen wäre. Da die Verlegung der Haltestelle von der Gemeinde angeregt wurde und in deren alleinigem Interesse lag, sah das

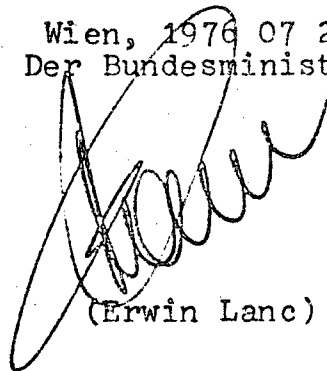
Finanzierungskonzept für die Verlegung eine Kostenbeteiligung der Gemeinde in Höhe des angeführten Differenzbetrages vor. Die Gemeinde wurde zu entsprechenden Gesprächen eingeladen.

Aus den ÖBB nicht näher bekannten Gründen wurde in der Folge seitens der Gemeinde die Angelegenheit nicht mehr weiter verfolgt, jedoch sind die ÖBB nach wie vor grundsätzlich bereit, Gespräche hinsichtlich der gegenständlichen Haltestellenverlegung zu führen.

Zu Frage 2:

Der Kraftwagendienst der ÖBB wird mit den in Betracht kommenden Gemeinden im Einzugsgebiet des Industriegebietes Leoben - Donawitz wegen der Errichtung von überdachten Haltestellen Verhandlungen einleiten. Bezüglich der Finanzierung haben bereits erste Kontaktgespräche mit einem privaten Werbeunternehmen stattgefunden.

Wien, 1976 07 29  
Der Bundesminister:



(Erwin Lanc)